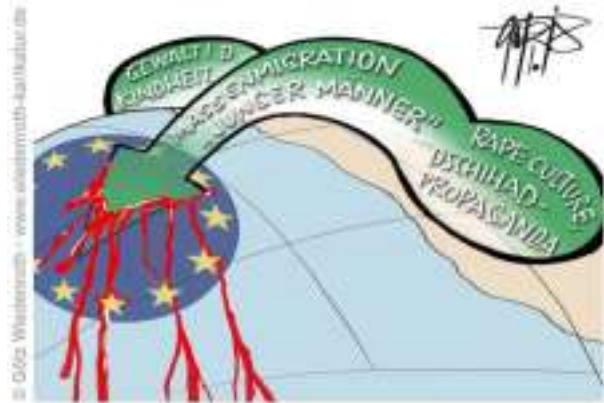


# Ein Mohammed kommt selten alleine

Von CANTALOOP

[Veröffentlicht am 18.01.2018 von pi-news.net/](#)

Stellen wir uns einmal vor: die jährliche Einwanderung eines vollkommen kultur-fremden, zumeist muslimisch geprägten Präkariats in der Größenordnung einer veritablen Großstadt - inklusive erforderlicher Infrastruktur. Nahezu komplett bewohnt von Sozialhilfeempfängern, Kleinkriminellen und religiösen Eiferern. In den Dimensionen annähernd vergleichbar mit dem Breisgauer Grünenparadies Freiburg. Darüber hinaus:



Die blutige Penetration Europas

Karikatur: [Götz Wiedenroth](#).

- in dessen Chroniken der häufigste Vorname bei Neugeborenen ganz sicher „*Mohammed*“ in all seinen Schreibweisen sein wird und innerhalb dieses Mikrokosmos das Tragen einer Kippa nur suizidal Veranlagten empfohlen wird.

So in etwa könnte man sich die neu anberaumte theoretische Zuwanderungs-„Höchstgrenze“ unserer politischen „Funktionselite“ bildlich und vor allem betriebswirtschaftlich vorstellen. Alleine darin sehen die derzeitigen Groko-Sondierer und leider auch viele ihrer Parteigänger indes keinerlei Probleme. Ganz im Gegenteil. Ginge es nach SPD/Grünen/Linke und Teilen der CDU/FDP würde es nämlich auch offiziell weiterhin keinerlei Grenze oder gar Restriktionen nach „oben“ geben.

## Das Ende aller Vernunft

Je mehr, desto besser – oder „jetzt erst recht“ lautet bekanntlich die urlinke und selbstredend auch von Kanzlerin und ihrer Entourage nach Kräften unterstützten Maxime. Gleichsam gilt: hinsichtlich der tatsächlichen Quantitäten von „Reisewilligen“ hält man die Bürger mit eigens dafür erstellten „Statistiken“ im Ungewissen. Wo wenig hilft, kann viel nicht schaden – [Stefan Schubert bringt hier etwas Licht](#) ins Dunkel.

Auch wider der Natur, gegen alle Vernunft, gegen alle Gesetze, die ohnehin bis hin zur Groteske „*verbogen*“ werden, nur um noch mehr vollkommen kulturell reziproke Menschen ins Land zu schaufeln. Gleichwohl werden alle Vorbehalte und berechtigten Sorgen der indigenen Bewohner, wie gewohnt, von den politischen Verantwortungsträgern in arrogant-despektierlicher Weise über Bord geworfen, ohne dabei die Tragweite ihres eigenen Handelns zu begreifen. Wer berechtigte Angst um seine Familie oder sich selbst hat, wird im günstigsten Fall als Ewiggestriger, gesellschaftlich Abgehängter, oder gleich als Nazi bezeichnet – und ob seiner „kruden Phobien“ verspottet.

Wie man derzeit aus den Brüsseler Elfenbeintürmen läuten hören kann, sollen die bestehenden Dubliner Verträge bereits dahingehend [verändert und ratifiziert](#) worden

sein, einen, euphemisierend „*Familiennachzug*“ genannten Bevölkerungstransfer im wirklich großen Stile von Muslimen aus aller Herren Länder vorzubereiten, bzw. den bereits stattfindenden intensiv zu forcieren. Unter breiter Zustimmung aller am Entscheidungsprozess beteiligten EU-Parteien, versteht sich – federführend auch hier; SPD und CDU. Diese „Zuzugserleichterung“ solle fortan möglich sein, sofern einer der ihren, als sogenannte „Ankerperson“ bereits hier im Lande lebt.

Im Klartext: die „Flüchtenden“ können sich zukünftig aussuchen, in welches europäische Land sie zu reisen gedenken. Wie diese „Ankerpersonen“ als Adressaten jedoch zuvor dort angekommen sind, von woher – ob diese über Papiere verfügen, oder eben nicht, ist in dieser Causa vollkommen irrelevant – und ohnehin nur rechte „Kleingeisterei“. In den Augen der gesinnungsethisch „Makellosen“, denen tagtäglich in den einschlägig bekannten Medien eine breite Plattform geboten wird. Ganz im Gegensatz zu Politikern oder Sympathisanten der AfD, die es in der öffentlichen Wahrnehmung gar nicht mehr zu geben scheint.

### **Unkritische Verbrechensanalyse**

Derweil die Verbrechensqualität dieser als „Neubürger“ Apostrophierten eine neue Stufe der Grausamkeit erreicht hat, wie man sie sonst eigentlich nur aus Kriegszeiten kennt – so wie auch aktuell wieder im badischen Rastatt ersichtlich. Dort haben zwei aus Algerien stammende „junge Männer“ einen Dritten brutal zusammengeschlagen – und diesen im Anschluss [lebendig \(!\) in einem Acker vergraben](#), woraufhin dieser elendig zu Tode kam. Dennoch fühlt sich aufgrund dessen niemand des linksgeprägten Establisments besonders berührt. Weitestgehend unkritisch erkennen auch Politik und deren Leitmedien in diesen wahrhaft besorgniserregenden neuerlichen Vorgängen keine besondere Brisanz – nur im „Erstarken“ der Rechten sehen sie die Bürger nach wie vor gefährdet.

Solch ein Gebaren als schizophren zu bezeichnen, wäre wohl noch eine gelinde Untertreibung. Hier hat der Wahnsinn Methode – und viele der dafür verantwortlichen Politik-Darsteller darf man guten Gewissens als moralisch verkommen, bösartig, oder zumindest unter einer Psychose leidend, bezeichnen.

### **L'état c'est moi**

Eine fast schon als absolutistisch zu bezeichnende Kanzlerin, die nicht nur ihre eigene Parteiführung perfekt im Griff hat – und darüber hinaus auch für so manch einen rutenklemmenden Parteiapparatschick durchaus ehfurchtseinflößender zu sein scheint, als Caligula selbst, dient zweifelsfrei als maßgeblicher Katalysator solcher Umstände.

Das hätte sich zu Amtsantritt dieser zwischenzeitlich zur gefürchteten Matrone gereiften Frau wohl keiner ihrer damaligen Kritiker, nicht einmal in den kühnsten Träumen, vorstellen – und auch kein Satiriker besser darstellen können. Die größtmögliche Überzeichnung aller bislang gekannten negativen Zustände in der jüngeren Vergangenheit ist jetzt die Normalität für uns geworden!

Alles scheint in dieser vollkommen verdrehten Republik nun denkbar zu sein. Selbst Notstandsgesetze, weitere „*hate-speech-Interventionen*“ oder sogar Gefängnisstrafen für Islam-/Flüchtlingskritiker würden mittlerweile niemanden mehr verwundern. Man kann sicher sein, dass die Paladine der Kanzlerin schon weitere „*Überraschungen*“ für die immer aufsässiger werdenden Bürger in der Schublade liegen haben.

Diese schier unbegrenzte Autorität einer einzigen Person, die quasi im Alleingang das Land für immer entscheidend zum Nachteil verändert hat, muss dringend eingereguliert werden – mit allen gebotenen und demokratischen Mitteln. Auch das angrenzende Ausland beobachtet bereits mit Sorge und Unverständnis unsere weitere Entwicklung.